

NOTIZEN

Glück im Casino

Konstanz. Gleich am ersten Tag des Jahres 2011 hat ein Spieler im Casino Konstanz den Jackpot eines Automaten-Spiels geknackt. Wie die Spielbank am Montag mitteilte, gewann der Schweizer 314 000 Euro, die ihm in Form eines Schecks ausgehändigt wurden. Was der Mann mit dem Geld machen wird, konnte er nach Angaben des Casinos noch nicht sagen.

Hasch im Überraschungsei

Mannheim. Was für eine Überraschung: Bei einem 38 Jahre alten Mann hat die Mannheimer Polizei eine Nascherei der besonderen Art entdeckt. Im Überraschungsei in der Hosentasche des Weinheimers waren nicht etwa Plastikspielzeug oder Süßigkeiten, sondern zwei Gramm Haschisch und 0,5 Gramm Marihuana versteckt, teilte ein Polizeisprecher gestern mit. Der Mann war den Beamten bereits am Samstag aufgefallen, weil er beim Anblick der Ordnungshüter mehr als überrascht war und nervös auf die Kontrolle reagierte hatte.

Bei Skitour abgestürzt

Oberstaufen/Kempton. Ein 72 Jahre alter Mann aus Friedrichshafen ist bei einer Skitour in den Allgäuer Alpen ums Leben gekommen. Wie die Polizei in Kempton mitteilte, war der Mann in einer fünfköpfigen Skitourgruppe am Seelekopf oberhalb von Oberstaufen im Oberallgäu unterwegs, als er auf eisglatter Untergrund ins Rutschen geriet und 60 Meter in die Tiefe stürzte.

Wandtresor hält stand

Pforzheim. Unbekannte Einbrecher haben sich an einem Wandtresor in einer Pforzheimer Apotheke die Zähne ausgebissen. Sie rissen den Geldschrank aus der Wand, konnten ihn aber nicht öffnen, teilte die Polizei mit. Die Täter verschafften sich am vergangenen Wochenende Zugang in das Ärztehaus mit Apotheke und brachen auch in mehrere Praxen ein. Dabei suchten sie gezielt nach Bargeld und fanden mehrere hundert Euro. Der Sachschaden ist weit höher.

Beziehungsstreit Auslöser

Karlsruhe. Beziehungsprobleme haben das Familiendrama ausgelöst, bei dem am Silvesterabend ein 42 Jahre alter Mann in Karlsruhe seinen sechsjährigen Sohn getötet hat. Die Familie war kurz zuvor umgezogen, und das Paar hatte sich währenddessen offenbar getrennt, teilte die Staatsanwaltschaft gestern mit. In einem Verweilungsakt habe der Mann, der aus Südostasien stammt, erst seinen Sohn erschlagen und dann versucht, sich die Pulsadern aufzuschneiden. Als dies missglückte, sprang er vom Balkon. Er überlebte, schwebt aber in Lebensgefahr und ist nicht vernunftfähig. Zur Tatzeit war er betrunken.

Nach Tanz in der Disco verschwunden

Intensive Suche nach 27-jährigem Vermissten

Ein Vermisstenfall beunruhigt die Öffentlichkeit in der Region Neckar-Alb. Seit Weihnachten ist der 27-jährige Rottenburger Thomas Brudny verschwunden.

RAIMUND WEIBLE

Rottenburg. Die Disco „The Smike“ in Rottenburg (Kreis Tübingen) im Gewerbegebiet Siebenlinden verfügt über eine Überwachungskamera für den Außenbereich. Das Gerät hat jene Szene vom 27. Dezember genau aufgezeichnet. Auf dem Videofilm ist zu erkennen, wie Thomas Brudny um 3.20 Uhr die Disco verlässt. Er bleibt stehen und drückt sich sein Mobiltelefon ans Ohr. Dann verschwindet er aus dem Bereich der Kamera. Das letzte Lebenszeichen des 27-jährigen Physiotherapeuten. Noch am selben Tag wurde er als vermisst gemeldet.

Seitdem läuft eine aufwendige Suche nach dem in Hechingen arbeitenden Rottenburger. Die Polizei ließ mit 50 Einsatzkräften und zehn Hunden die Umgebung durchkämmen. Ein Spürhund wurde auf den Geruch des Vermissten angesetzt. Polizei-Piloten überflogen das Gebiet mit dem Hubschrauber, an Bord eine Wärmebildkamera. Andere Beamte suchten per Boot den nahegelegenen Neckar und Wehre ab. Bisher ohne jedes Ergebnis. „Es

ZWANGSTHERAPIE STATT KNAST Neue geschlossene Einrichtungen sollen psychisch gestörte Gewalttäter aufnehmen. Doch im Land will sie keiner, und die Kritik am Gesetz reißt nicht ab.

„Rein populistische Motive“

Experten kritisieren geplante Therapieunterbringung von Gewalttätern

Um die Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter in Wiesloch wird weiter gerungen. Dabei halten Fachleute das Konzept für völlig verfehlt – und warnen vor einem „Missbrauch der Psychiatrie“.

ROLAND MÜLLER

Stuttgart/Freiburg. Es waren mäßig besinnliche Feiertage, die drei Ex-Häftlinge jetzt in Freiburg verbracht haben. Erst vor einigen Wochen sind sie aus der Sicherungsverwahrung entlassen worden, nach im Schnitt 24 Jahren Haft. Nun versuchen sie, ständig überwacht von der Polizei, sich an das Leben „draußen“ zu gewöhnen. „Man kommt halbwegs zurecht“, sagt einer von ihnen, ein 63-Jähriger, der seit 1984 wegen Vergewaltigung saß. Derzeit lebt er mit zwei Ex-Mithäftlingen im Freigängerheim der JVA. „Aber wir haben Angst, was mit dem neuen Gesetz auf uns zukommt.“

Am 1. Januar ist das „Therapieunterbringungsgesetz“ der Bundesregierung in Kraft getreten. Es sieht vor, dass Sicherungsverwahrte, die wegen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) freigelassen werden müssen, in spezielle Therapieanstalten eingewiesen werden – sofern sie psychisch gestört und weiterhin eine Gefahr für die Allgemeinheit sind. Auch jene neun Häftlinge im Land, die bereits entlassen wurden, müssen damit rechnen, bald wieder eingesperrt zu werden. Die Landesregierung hat das ehemalige Jugendgefängnis in Wiesloch als Unterbringungsanstalt vorgesehen, will nach Protesten aus dem Ort jedoch nun Alternativen prüfen. Viel Zeit bleibt eigentlich nicht. „Wir müssen damit rechnen, dass Mitte Januar der erste Fall bereits entschieden ist“, heißt es im Sozialministerium, das die Federführung hat. Dann müsse auch eine Einrichtung bereitstehen, um die Ex-Häftlinge aufzunehmen.

Das Verfahren anstoßen müssen die Kommunen, in denen die Sicherungsverwahrten „anfallen“. Die Stadt Freiburg macht keinen Hehl daraus, dass sie die fünf Gewalttäter, die derzeit in der Stadt leben, möglichst schnell loswerden will. Ob die Ex-Häftlinge in die Therapieanstalt müssen, entscheiden dann die Zivilkammern der Landgerichte. Voraussetzung für die Einwei-



Die ehemalige Jugenddarrestanstalt in Wiesloch soll bald als Einrichtung zur „Therapieunterbringung“ entlassener Gewalttäter genutzt werden. Doch wird dort jemals ein „Patient“ einziehen? In der Stadt regt sich Widerstand. Foto: dpa

sung sind zwei psychiatrische Gutachten, die den Ex-Häftlingen eine psychische Störung attestieren – und eine hohe Wahrscheinlichkeit, wieder gewalttätig zu werden.

Fachleute und Juristen üben jedoch harte Kritik an den neuen gesetzlichen Regelungen, die allein für bundesweit rund 80 Betroffene „maßgeschneidert“ wurden. „Der Ansatz ist nicht klug“, sagt der Tübinger Strafrechtsprofessor Jörg Kinzig. „Man darf die Gefährlichkeit dieser Menschen nicht überschätzen. Viele Betroffene sind bereits über 60 Jahre alt.“ Wissenschaftliche Studien zeigten zudem, dass die Rückfallquoten ehemaliger Si-

cherungsverwahrter vergleichbar seien mit denen „gewöhnlicher“ Ex-Häftlinge. Eine von Kinzigs eigenen Studien kam zu einer Rückfallquote mit schweren Delikten von etwa zehn Prozent. „Es ist nicht verhältnismäßig, so viele politische Ressourcen und Aufmerksamkeit auf so einen kleinen Kreis von Betroffenen zu lenken.“

„Das Gesetz ist eine Katastrophe in jeder Hinsicht“, sagt auch ein erfahrener Gerichtspsychiater aus dem Land. Nachdem der Gesetzgeber vor dem Menschenrechtsgerichtshof spektakulär Schiffbruch erlitten habe, werde nun aus rein populistischen Motiven versucht, den

Schaden zu reparieren. „Das ist ein Missbrauch der Psychiatrie.“ Objektiv seien die Gesetze nicht zu begründen. „Es wird versucht, mit pseudopsychiatrischen Begriffen zurechtzurücken, was der Gesetzgeber mit klaren Verstößen gegen rechtliche Grundsätze angerichtet hat.“ Ähnlich hatte sich der renommierte Essener Gerichtsgutachter Norbert Leygraf geäußert: Die Psychiatrie werde „als Ersatzreserve für das Strafrecht“ benutzt.

Hinzu kommen Stimmen vieler Experten, das neue Gesetz sei ohnehin verfassungswidrig. „Der Bundesgesetzgeber trifft hier eine Regelung der Gefahrenabwehr, die aber Ländersache ist. Das Dilemma ist aus meiner Sicht nicht zu lösen“, sagt Kinzig. Fragwürdig sei auch, dass lediglich jene Gewalttäter in den „Genuss“ der Therapieerfolge kämen, die aufgrund des EGMR-Urteils freikommen sollen. „Es ist ja ohnehin weitgehend versäumt worden, ausreichende Therapieangebote zu machen“, sagt Kinzig. „Es stellt sich die Frage, warum die neuen Einrichtungen nicht allen Sicherungsverwahrten offen stehen sollen.“

Reform auf Mahnung aus Straßburg

Ursache für die Reform der Sicherungsverwahrung ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg: Dieser hatte entschieden, dass die deutsche Praxis der nachträglichen

Verlängerung der Sicherungsverwahrung die Menschenrechtskonvention verletzt. In Baden-Württemberg müssen deshalb 18 Sicherungsverwahrte entlassen werden, viele sind bereits auf freiem Fuß. Die

Bundesregierung hat die Sicherungsverwahrung nun reformiert. Das „Therapieunterbringungsgesetz“ soll dazu dienen, „psychisch gestörte“ Gewalttäter auch weiterhin einsperren zu können. rom

Homburger erklärt Aufstand für beendet

Südwest-FDP will sich nach Personaldebatte um Westerwelle auf Wahlkampf konzentrieren

Den endgültigen Aufstand gegen FDP-Bundeschef Westerwelle wird es an Dreikönig wohl nicht geben. Der Landesverband will über Inhalte reden – und ein Team für den Landtagswahlkampf präsentieren.

ROLAND MUSCHEL

Stuttgart. Wenn die Südwest-FDP heute und morgen in Stuttgart ihr „Regierungsprogramm 2011–2016“ verabschiedet, soll die Debatte über den Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle eine möglichst kleine Rolle spielen. Birgit Homburger, die Landesvorsitzende und Bundestagsfraktionschefin der FDP, erklärte sie gestern sogar für beendet: „Der Schlusspunkt ist jetzt. An Dreikönig beginnt die Offensive.“ Es sei hoffentlich allen klar geworden, dass eine Personaldebatte der Partei nicht helfe. „Sie ist Gift, nicht Medizin“, sagte Homburger. Westerwelle stärkte sie vor dem traditionellen Treffen der Liberalen an Dreikönig den Rücken: „Wir haben einen erfolgreichen Bundesvorsitzenden. Wir werden mit ihm in den Wahlkampf ziehen und wir werden mit ihm den Wahlkampf gewinnen.“

Selbst der Chef der FDP-Landtagsfraktion, Hans-Ulrich Rülke, der zu der länderübergreifenden Gruppe gehörte, die Westerwelle Anfang Dezember in einem internen Gespräch den Rücktritt nahelegen



Ende der Personaldebatte in der FDP? Zumindest kündigten das Birgit Homburger, Vorsitzende der Bundestagsfraktion, und der stellvertretende Landesvorsitzende Ulrich Goll im Vorfeld des Parteitreffens an. Foto: dpa

wollte, will weg von der Dauerdebatte um Westerwelle: „Wir müssen wegkommen von Personaldiskussionen und über Inhalte diskutieren.“ Zugleich verlautete aus dem engsten Beraterkreis des FDP-Bundeschefs, dass er auf dem Dreikönigstreffen in Stuttgart „sehr selbstbewusst und offensiv ausgerichtet“ auftreten werde. „Westerwelle will die Partei in die anstehenden Wahlkämpfe führen mit dem Anspruch, die gestaltende Kraft der Mitte zu sein“, berichteten Teilnehmer einer

internen Runde mit dem FDP-Chef laut Nachrichtenagentur dpa.

Der Kapitän bleibt an Bord, und die Crew folgt ihm – wohl oder übel. Das ist die etwas zwiespältige Botschaft, die die Südwest-FDP aussendet. Für Westerwelle ist es gleichwohl eine gute Nachricht. Schließlich hatten in den vergangenen Wochen Mitglieder des Landesverbandes seinen Rücktritt gefordert. Bei der Bundestagswahl hatte die FDP in ihrem Stammland 18,8 Prozent erhalten, derzeit liegt sie in Umfragen

Fußfessel-Pläne zur Entlastung der Polizei

Die Polizei klagt über die Bewachung entlassener Gewalttäter. Das Land arbeitet an einer Fußfessel-Lösung – viele Ex-Häftlinge wären einverstanden.

ROLAND MÜLLER

Freiburg. Im Gänsemarsch folgen fünf Polizisten in Zivil einem Mann durch Freiburg. Abstand: nur wenige Meter. Betritt der Verfolgte ein Restaurant, schwärmt der Trupp aus, besetzt alle Ausgänge. So sieht die Überwachung entlassener Gewalttäter in Freiburg aus. Insgesamt mehr als 100 Polizisten sind rund um die Uhr auf die fünf Männer angesetzt, die aus der Sicherungsverwahrung entlassen worden sind. Die Polizei stöhnt über die Belastung, 40 000 Euro pro „Fall“ und Woche kostet das Ganze.

Für einen unhaltbaren Zustand hält das auch Ekkehard Kiesswetter, der Anwalt dreier Ex-Häftlinge. „Unter diesen Umständen ist es unmöglich, dass sie je einen Job oder eine Wohnung finden“, sagt er. Außerdem sei das Vorgehen völlig unverhältnismäßig. „Man will damit nur zeigen, wie gefährlich die Leute angeblich sind.“ Kiesswetter hat deshalb Klage beim Verwaltungsgericht Freiburg gegen die Überwachung eingeleitet. Da die Täter von Gutachtern als noch gefährlich eingestuft würden, gebe es keine Alternative zu dem Weg frei. „Wir sind schon seit einiger Zeit dabei, zusammen mit anderen Ländern an einer Lösung zu arbeiten“, sagt dazu Nils Meppen, Sprecher im Landesjustizministerium. Die Initiative für die elektronische Überwachung entlassener Straftäter war unter anderem Justizminister Ulrich Golls (FDP) Idee gewesen. „Derzeit müssen noch einige technische Fragen geklärt werden“, sagt Meppen.

Auch Kiesswetter und seine Mandanten würden eine Fußfessel-Lösung begrüßen. „Sie haben sich bereit erklärt, ein solches Gerät zu tragen“, sagt Kiesswetter. Da die Männer dann jederzeit zu orten wären, könne die Überwachung reduziert werden. „Ein einzelner verdeckter Ermittler, der 50 Meter Abstand hält, würde genügen.“

„Für die Wahl in Baden-Württemberg ist entscheidend, für welche Inhalte die FDP steht. Das müssen wir besser rausarbeiten“, sagt Rülke. „Wir müssen aufpassen, dass wir zwischen der konservativen Dampfwalze Mappus und den grünen Volksabstimmungspopulisten nicht zerrieben werden“, warnt der Landes- und Europaabgeordnete Michael Theurer. „Wir müssen uns daher inhaltlich, aber auch personell breiter aufstellen.“

Homburger hat vorgeschlagen. Sie stellt heute ein „Team“ vor, das Goll im Wahlkampf „beratend“ zur Seite stehen soll. Als mögliche Mitglieder gelten Rülke, Theurer, die Landtagsabgeordneten Birgit Arnold und Hans-Peter Wetzel, die Bundespolitiker Florian Toncar und Hartfrid Wolff und der Stuttgarter Regierungspräsident Johannes Schmalz. Ob die Namen die Westerwelle-Debatte überlagern können, muss sich indes zeigen. Strittig dürfte die Debatte um den Rückkauf von ENBW-Anteilen durch das Land verlaufen.